

Aufruf von Christinnen und Christen für eine solidarische und gerechte Finanzpolitik in Deutschland 2010

12. Juni 2010

Bestürzt nehmen wir, Christinnen und Christen im Umkreis des ökumenischen Netzwerkes MEET (<http://www.meet-junge-oekumene.de>), wahr, dass die gegenwärtigen Sparpläne der Bundesregierung in keiner Weise Solidarität und Gerechtigkeit erkennen lassen. Eine durch nachlässige Regulierung der Finanzmärkte und durch Gier verursachte Krise wird auf dem Rücken derer ausgetragen, die in unserer Gesellschaft keine Stimme haben. So soll u. a. Hartz IV Empfänger/innen der Heizkostenzuschuss gestrichen und die Rentenzuschüsse gekürzt werden. Auch das Elterngeld soll für diese Betroffenen künftig wegfallen. Die Beteiligung von Wohlhabenden und Armen an der Bewältigung der Krise steht dazu in einem krassen Missverhältnis. Im Sinne von Solidarität und Gerechtigkeit ist es geboten, nicht bei den Ärmern, die sich politisch kaum zu Wort melden können, zu sparen. Vielmehr sollten die Wohlhabenderen an der Finanzierung der Krise beteiligt werden, z.B. über eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer sowie über eine Erhöhung der Erbschaftssteuer und des Spitzensteuersatzes. Darüber hinaus ist eine Einführung der Finanztransaktionssteuer notwendig.

Angesichts der drastischen und ungerechten Sparmaßnahmen können die Kirchen nicht schweigen und haben ihr Wächteramt wahrzunehmen. In dem so genannten „Brief an die Eltern“, der Bezug nimmt auf die Ökumenische Versammlung in der DDR 1989, hat eine Gruppe von MEET im November 2009 formuliert:

„Wir glauben, dass sich Kirche in einer pluralistischen Gesellschaft weder am Markt noch an der Politik orientieren kann, wie es heute häufig der Fall ist. Der Ort der Kirche ist in der Zivilgesellschaft. Hier kann die Kirche mit Menschen ins Gespräch kommen, sich solidarisieren und gemeinsam mit ihnen für eine gerechte, friedliche und das Leben auf dieser Welt bewahrende Gesellschaft eintreten. Nur hier können wir eine ‚vorrangige Option für die Armen‘ leben, für Menschen, die sich in der Minderheit oder am Rand der Gesellschaft befinden.“

Vor diesem Hintergrund bitten wir unsere Kirchen, die konkreten Missstände in den Plänen der Bundesregierung zu benennen, anzuklagen und Alternativen in die gesellschaftliche Diskussion einzubringen. Dies kann Kirche nur in ihrer Vielgestaltigkeit gelingen, indem Kirchenleitungen gemeinsam mit Synodalen und Basisgruppen die christliche Botschaft von Solidarität und Gerechtigkeit in die Gesellschaft hinein kommunizieren.

Mit Dank erfüllt uns die Erinnerung an das Sozialwort der Kirchen (EKD und DBK) „Für Solidarität und Gerechtigkeit“ von 1997 (www.ekd.de/EKD-Texte/44676.html) und das von der Zentralkonferenz der Evangelisch-methodistischen Kirche im Jahr 2008 verabschiedete Wort zur „Neubesinnung im Umgang mit dem Geld angesichts der Finanzkrise“ (www.emk-gfs.de/files/166.pdf). Viele der in diesen Papieren enthaltenen Gedanken müssen dringend für die gegenwärtige Situation fruchtbar gemacht werden, damit die Kirchen gemeinsam und mit hörbarer Stimme die christliche Botschaft für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in die gegenwärtige Debatte einbringen.

Die Zeit ist reif für einen erneuten Konsultationsprozess der Kirchen, der sich mit den Fragen von Gerechtigkeit und Solidarität im Kontext der Finanzkrise sowie im Blick auf die ökologische Situation in Deutschland und weltweit auseinandersetzt. Dabei sollten Kirchenleitende ebenso wie Synodale und Basisgruppen beteiligt sein. Als Ergebnis dieses Prozesses erwarten wir eine pointierte gemeinsame Stellungnahme, die in die gegenwärtige bedrängende Situation spricht und Politik wie Wirtschaft herausfordert. Auch für die Kirchen selbst wäre eine solche Auseinandersetzung eine Herausforderung.

Mit dieser Aufforderung an die Kirchen stehen wir nicht allein. Mit dem Aufruf „Fair teilen statt sozial spalten“ hat sich auch das Netzwerk Ökumenischer Kirchentag (www.oekt-netz.de) auf dem ÖKT in München 2010 zu Wort gemeldet und zahlreiche Aktivitäten initiiert.

Aufgrund der besonderen gegenwärtigen Lage sollte umgehend mit einem Konsultationsprozess begonnen werden, der eine Aktualisierung des Sozialworts der Kirchen zum Ziel hat.

Unterzeichnende:

1. Julia Rintz
2. Gwen Bryde
3. Almut Bretschneider-Felzmann
4. Simone Sinn
5. Charlotte Eisenberg
6. Christina Biere
7. Georg Litty
8. Johanna Hippe
9. Sylvia Karthäuser
10. Jan Gross
11. Wiebke Dreier
12. Gerard Minnaard
13. Ulrike Huhn
14. Lioba Diez
15. Anna Mathieu
16. Karsten Felzmann
17. Mirjam Wunderer
18. Jonas Wunderer
19. Barbara Rauchwarter
20. Annegreth Strümpfel
21. Luise Albers
22. Martin Mauderer
23. Alexander Reichert
24. Weiß Claudia
25. Konstanze Reinecke
26. Martin Conradi
27. Ulrich Wolf-Barnett
28. Wolfgang Mai
29. Angela Mai
30. Christian Albers
31. Eberhard Müller
32. Friederike Lambrich
33. Anne Smets
34. Rolf Wischnath
35. Bernd-Dieter Fischer
36. Sebastian Baer-Henney
37. Werner Gebert
38. Uta Brux
39. Martina Basso
40. Claus-Dieter Schulze
41. Anne Heckel
42. Marie-Luise Stöhr
43. Martin Stöhr
44. Klara Butting
45. Elke Elwert
46. Dietrich Tuschhoff
47. Karola Vollmer
48. Lydia Westhoff-Titze
49. Wilhelm Nestle
50. Stephan von Twardowski
51. Pieter Roggeband
52. Erhard Reschke-Rank
53. Peter Schönhöffer
54. Katrin Stückrath
55. Daniel Kunz
56. Anne Mareike Müller
57. Martin Bramkamp
58. Susanne Schelle
59. Herbert G. Hassold
60. Daniel Geese
61. Reinhard Hauff
62. Hildegard Jurisch
63. Jörg Moritz-Reinbach
64. Karl Braungart
65. Jochen Wietzke
66. Anne Freudenberg
67. Christa Göbel
68. Gabriella Costabel
69. Eva Stattaus
70. Agnes Zeiser
71. Marie-Luise Lehmann
72. Anonymus
73. Helga Walter
74. Jochen Rieß
75. Wittigo Stubbe
76. Martin Frank
77. Daniel Fricke
78. Hans-Jürgen Benedict
79. Albrecht Strümpfel
80. Susanne Michaelsen
81. Wolfgang Wagner
82. Sandra Schäfer
83. Martin Keßler
84. Karl Schmidt
85. Dorothea Friederici
86. Konrad Raiser
87. Tobias Schreiber
88. Bernhard Dinkelaker
89. Siegfried Böhringer
90. Edelgard Meyer Zu Uptrup
91. Konrad Wagner
92. Georg Litty
93. Manfred Kriessler
94. Dorothee Ernst
95. Lothar Elsner
96. Anna-Maria Busch
97. Klaus J. Burckhardt
98. Ferdi Schilling
99. Angela Schnepel
100. Rudolf Ficker
101. Selina Moll
102. Hans Martin Renno
103. Alexander Von Wascinski
104. Reinhard Wick
105. Wolfgang Steuer
106. Michael Vitzthum
107. Sabine Förster
108. Lotte Rodi
109. Günther R. Eisele
110. Irmela Eisele
111. Joachim Born
112. Franziska Braun
113. Roswith Gerloff
114. Elisabeth Raiser
115. Konrad Schulz
116. Frieder G. Schneider
117. Christian Polke
118. Anonymous
119. Brunke Koch
120. Michael Sturm
121. Martin Gück
122. Markus Mezger
123. Carl Ordnung
124. Cornelia Stock
125. Adelbert Mildner
126. Benjamin Huth
127. Ulrike Lange-Kabitz
128. Johann-Hinrich Witzel
129. Wolf von Nordheim
130. Maria Spieß
131. Michael Steinmeyer
132. Konstanze Reinecke
133. Klaus Schilling
134. Marianne Arndt
135. Julia Lersch
136. Barbara Maubach
137. Waltraud Liekefett
138. Aline Jung
139. Sophie Anca
140. Johanna Friedlein
141. Astrid Herrmann
142. Rita Beutin
143. Maria Hollering-Hamers
144. Elisabeth Bücking
145. Ina Nikol
146. Irmhild Buttler-Klose
147. Marliese Walz
148. Katrin Keita
149. Cornelia Göksu
150. H.Sourek
151. Carola Ritter
152. Doris Riffelmann
153. Sebastian Sell

und 5 anonyme Unterschriften